



Wer Pflege braucht, muss Pflege bekommen

Pressekonferenz
SPÖ-Parlamentsklub

SPÖ-Vorsitzende, Klubobfrau **Pamela Rendi-Wagner**
SPÖ-Gesundheitssprecher **Philip Kucher**

14. Jänner 2020

Medieninfo: „Wer Pflege braucht, muss Pflege bekommen“

Es braucht dringend Lösungen für die Pflege. Die SPÖ hat bereits im Dezember 2018 ein umfassendes Konzept vorgelegt, damit die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen in dieser schweren Situation nicht allein gelassen werden. Wer Pflege braucht, muss Pflege bekommen – unabhängig von seiner/ihrer Geldbörse.

Nach den zähen und langen Regierungsverhandlungen haben wir uns erwartet, dass es zu Beginn der Legislaturperiode ein umfassendes Konzept gibt, das die aus der letzten Regierungsperiode verschleppten Probleme rund um die Pflege nun endlich angeht.

Aber bis jetzt gibt es außer Ankündigungen von Einzelmaßnahmen, Überschriften, Inszenierung und PR nichts. Unter Ex-FPÖ-Ministerin Hartinger-Klein hieß es noch „Pflegeenquete“, unter dem grünen Sozialminister Anschöber heißt es „Task Force“, zuletzt hieß es „Zielsteuerungsgruppe“ – das Problem wird lediglich mit einem weiteren Arbeitskreis hinausgeschoben. Das bringt den 457.895 pflegebedürftigen Menschen, die Pflegegeld beziehen, und ihren Angehörigen gar nichts. Was es gibt, sind Ideen – wie die Pflegeversicherung. Wie diese Pflegeversicherung genau ausgestaltet werden soll, ist völlig offen. Zu befürchten ist, dass Pflegebedürftige, Angehörige und ArbeitnehmerInnen ordentlich zur Kasse gebeten werden.

Bewertung des schwarz-grünen Regierungsprogramms „Pflege“:

Als positiv wird die Umsetzung der SPÖ-Forderung nach einer Berufsbildenden höheren Schule für Gesundheits- und Sozialberufe beurteilt, die mit der Qualifikation „Pflegefachassistent“ abgeschlossen wird.

Kritik:

- Eine „Pflegeversicherung“ soll kommen. Die Grünen haben das bisher – so wie die SPÖ – immer abgelehnt. Was heißt das konkret? Es muss jemanden geben, der Versicherungsbeiträge leistet. Das kann nur bedeuten: Die ArbeitnehmerInnen werden mit höheren Sozialversicherungsbeiträgen zusätzlich massiv belastet oder man muss eine private Versicherung abschließen.

- Die AUVA soll im Bereich Pflege Aufgaben übernehmen, die Unfallversicherungsanstalt hat aber nichts mit Pflege zu tun. Zu befürchten ist, dass – schon wie bei der Zerschlagung der Kassen – die AUVA wieder „gemolken“ wird.
- **Mangelnde Unterstützung für pflegende Angehörige:** Diese werden von Schwarz-Grün mit 125 Euro monatlich ab Pflegestufe 3 abgespeist. Pflegestufe 3 erfordert mindestens 120 Stunden Pflegebedarf. Das bedeutet für pflegende Angehörige 1,04 Euro (!) pro Stunde.
- Die Einführung einer Pflegelehre steht im Regierungsprogramm (eine ewige Forderung von ÖVP und Wirtschaft). Kein/e Experte/in unterstützt es, 15-jährige Burschen und Mädchen als Pflegekräfte einzusetzen. Fakt ist: In einem derart jungen Alter ist man den physischen und psychischen Herausforderungen des Pflegeberufs schlicht und ergreifend nicht gewachsen.
- **Hochgefährlich** ist die simpel klingende Idee, 24h-Betreuungskräfte für mehrere Kundinnen und Kunden einzusetzen. Das ist Lohndumping auf Kosten der ohnehin nicht überbezahlten angestellten Pflegekräfte. Das könnte dazu führen, dass private Pflegeanbieter für ihre Heime keine gut ausgebildeten Pflegekräfte anstellen, sondern auf die 24h-Betreuungskräfte zurückgreifen, die damit bei den Familien zu Hause fehlen werden. Das ist sicher der falscheste Weg für den Pflegesektor. **Bessere Arbeitsbedingungen, bessere Bezahlung, kürzere Arbeitszeiten, mehr Zeit für die betreuten Menschen:** Nur so werden wir hier ansässige Menschen für den wertvollen Pflegeberuf begeistern können. Durch das geplante schwarz-grüne Lohndumping wird der gesamte Beruf und damit die zu Betreuenden und die Zukunft der Pflege nachhaltig geschädigt.

Österreich kann es besser - die Vorschläge der SPÖ:

1. Staatliche Pflegegarantie

- **Garantierte kostenfreie Pflege- und Betreuungsleistungen**
- Pflege darf kein privates Risiko bedeuten, daher staatlich finanzierte Pflegesicherheit
- **Finanzierung:** Die gesamten öffentlichen Kosten betragen rund 5 Milliarden Euro pro Jahr. Die Zusatzkosten bei Umsetzung des SPÖ-Konzepts betragen rund 1 Milliarde jährlich, schaffen aber nachhaltige Beschäftigung und führen zu massiven Rückflüssen in die Staatskassa. ÖVP und Grüne planen ein 2- Milliarden-Euro-Steuer geschenk für Großkonzerne, internationale Multis und Millionen-Einkommen (KöSt-Senkung, Senkung Spitzensteuersatz, Senkung bzw. teilweise Abschaffung der Steuer auf Aktiengewinne), damit könnte die Pflege abgesichert werden! Zudem soll der kürzlich bekannt gewordene Budgetüberschuss von 1 Milliarde Euro für die Pflege verwendet werden.

2. Pflegende Angehörige stärker unterstützen

- **Umfassende aufsuchende Betreuung und Begleitung vom ersten bis zum letzten Pflgetag durch regionale Pflegeservicestellen**
- **Ausbau der Alltagsbetreuung, um auch pflegende Angehörige zu entlasten**

- **Pflegende Angehörige – „Modell Burgenland“ als Vorbild.** Kernpunkt des Modells ist die Anstellung pflegender Angehöriger zu einem Mindestlohn von bis zu 1.700 Euro netto mit voller sozialer Absicherung. Der Sozialminister soll das „Modell Burgenland“ als generelle Möglichkeit der Absicherung für pflegende Angehörige prüfen (vor allem für den ländlichen Raum). Insbesondere dann, wenn diese pflegenden Angehörigen jünger sind, können sie auch gleichzeitig eine Ausbildung machen. Diese Facette des burgenländischen Modells erzeugt mehrfach Gewinner: Die Qualität der Pflege bzw. Betreuung steigt, die pflegenden Angehörigen bekommen eine zukunftssträchtige Ausbildung und die Allgemeinheit profitiert, weil diese Angehörigen nach Ende der Pflege des Angehörigen im Pflegeberuf arbeiten können.

3. Mehr Pflegekräfte für Österreich

- **Es braucht viel mehr ausgebildete Pflegekräfte** (bis 2030 zusätzlich 75.700 Personen!). Das angedachte neue Schulmodell (Berufsbildende höhere Schule für Gesundheits- und Sozialberufe) ist zu begrüßen. Einen Schulversuch für 150 Personen zu starten, wie Anschober angekündigt hat, ist viel zu unambitioniert und als Showpolitik zu bezeichnen. Pflege ist einer der Zukunftsberufe, das heißt, wir brauchen eine echte Kraftanstrengung auch unter Einbindung von Arbeitsmarktmitteln zur Ausbildung und Umschulung von Arbeitssuchenden. Dafür ist der Sozialminister aber in Zukunft gar nicht mehr zuständig. Neben vielen weiteren Maßnahmen ist die **Aufstockung der Studienplätze an Fachhochschulen** notwendig. Diese Studienplätze müssen kostenlos sein.